

Gewerkschaftsführer wollen Vertrauen

Die Ideologie des selbstregulierten Marktes hat in der EU Verfassungsrang. Die klassischen Menschenrechte werden faktisch ausgehebelt, wo sie der New Economy im Weg stehen. Anders als zur Zeit der Sowjetunion, als die Menschenrechte in Handelsbeziehungen auch eine Rolle spielten, gehen heute Rendite und Wachstum vor. Dies zeigt der China-Boom.

In Osteuropa leben die Menschen unter wesentlich schlechteren Bedingungen als hierzulande. Für sie wächst der Druck zur Auswanderung. Familien werden auseinandergerissen und Individuen entwurzelt. Weil auch die akademisch geschulte Jugend in Hochlohnländer umsiedelt, wird der arme Osten zusätzlich geschwächt. Und die Konzerne rechnen fest mit den tüchtigen und willigen Arbeitskräften in den weniger privilegierten Gegenden Europas -sei es zur Auslagerung der Produktion, sei es zur Konkurrenzierung der Werkstätigen bei uns. Die Senkung der Löhne ist Programm!

Die Schweiz hat seit dem zweiten Weltkrieg den Arbeitsfrieden gehabt. Der ständige Streit zwischen den Sozialpartnern ist uns fremd; uns fehlt die Erfahrung und auch das nötige Instrumentarium dazu. Unsere Gewerkschaften sind auf den harten Interessenkonflikt nicht vorbereitet. Beispielsweise fehlt den Gewerkschaftern hierzulande der für härtere Zeiten unentbehrliche Kündigungsschutz.

Die Gewerkschaften haben durch Fusionen viel Macht auf wenige Funktionäre konzentriert. Diese votieren nun für die Erweiterung der Personenfreizügigkeit - ohne mit der Basis zu sprechen. Als der Arbeitsrechtler Romolo Molo daraufhinwies, wurde er von seinen Dienstherrn beim Gewerkschaftsbund entlassen.

Hugo Fasel und Louis Schelbert versprechen uns ausreichend Schutz durch die Gewerkschaften, damit wir am 25.9. ihre Abstimmungsempfehlung befolgen. Indes vergessen sie zu sagen, dass «Mindestlöhne» einiges tiefer sind als heutige Gehälter, und dass «Gesamtarbeitsverträge» zwischen sehr ungleich mächtigen Parteien wenig beständig sind. Warum sollten die Arbeitgeber demnächst fürsorglicher mit den Beschäftigten umgehen?

Der SGB gibt ihnen mit der politisch motivierten Entlassung von Molo kein gutes Beispiel.

A. Meyer, Bern